



Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes** und **Fraktion (AfD)**

Auswirkungen der Freiflächen-Photovoltaik auf die Nahrungsmittelerzeugung in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten schriftlich und mündlich zu berichten:

- Wieviel ha landwirtschaftliche Nutzfläche in Bayern wurde bisher mit Freiflächen-Photovoltaik (PV) zugebaut?
- Wie ist die Bodengüte dieser überbauten Flächen?
- Welcher Zubau ist für die nächsten 5 Jahre bereits in Planung bzw. im Genehmigungsverfahren?
- Wie haben sich die Kauf- und Pachtpreise für landwirtschaftliche Nutzflächen entwickelt, auf denen Freiflächen-Photovoltaikanlagen errichtet werden?
- Wie hoch ist der Anteil an Flächen für Freiflächen-PV, der auf Investoren entfällt, die keine Landwirtschaft betreiben?
- Welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, um den Aufkauf von Agrarflächen durch außerlandwirtschaftliche Investoren z. B. über das Bodenrecht zu begrenzen?
- Welche Auswirkungen haben nach Ansicht der Staatsregierung Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf das Mikroklima?
- Welche Auswirkungen hat nach Ansicht der Staatsregierung der Flächenverbrauch durch Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf die Nahrungsmittelerzeugung in Bayern?

Begründung:

ARD¹ und Süddeutsche Zeitung² berichteten kürzlich über einen Fall aus Brandenburg, wo die Tochtergesellschaft „Quarterback“ des börsennotierten Immobilienkonzerns „Deutsche Wohnen“ einen landwirtschaftlichen Milchviehbetrieb in Brandenburg für 10 Mio. Euro aufkaufte, um dort eine Freiflächen-Photovoltaikanlage zu errichten. Ein ebenfalls mitbietender Landwirt, der den Betrieb weiterführen wollte, kam trotz eines hohen Gebotes nicht zum Zuge.

¹ ARD Plusminus „Solarbauern gegen Landwirte“ 24.05.2023
<https://www.ardmediathek.de>

² Brandenburg: Ackerland wird knapp – Politik – SZ.de (sueddeutsche.de)

Das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg wollte unter Berufung auf das Bodenrecht diesen Deal verhindern, aber das Bodenrecht erwies sich wie so oft als „zahnloser Tiger“.

Den riesigen Genossenschaften der DDR folgten zunächst Agrar-Großbetriebe, nun kaufen Konzerne und Investoren verstärkt landwirtschaftliche Flächen in Brandenburg und in anderen Bundesländern auf.

Solaranlagen sind offenbar wesentlich rentierlicher als der Anbau von Lebensmitteln. Diese Entwicklung droht auch in Bayern.

Die Folgen dieses „Ausverkaufs“ von landwirtschaftlichen Flächen zugunsten erneuerbarer Energien bekommen nicht nur die Bauern zu spüren, sondern auch die Stromverbraucher.

Der Bürger profitiert nicht von dem Zuwachs an Solar- und Windenergie in Form von günstigeren Strompreisen – im Gegenteil – diese stiegen zuletzt weiterhin an.

Mit dieser Vorgehensweise werden die Vorbehalte der Bürger gegen erneuerbare Energien noch mehr befördert.

Geradezu paradox ist diese Entwicklung, wenn zur Mittagszeit das Angebot an Solarstrom überschießt und für die Kilowattstunde noch bis zu 10 Cent bezahlt werden muss, um den überschüssigen Strom ans Ausland abzuführen.³

³ Tichys Einblick TE-Wecker vom 30.5.23